

ZUR PERSON

Wilhelm Hankel, 81, gilt als renommierter, aber unbequemer Ökonom. Der Deutsche hat zusammen mit mehreren Wirtschaftswissenschaftlern schon 1998 gegen die Einführung des Euro geklagt, blieb damit aber ebenso erfolglos wie mit der Klage gegen den 750 Milliarden Euro schweren Schutzschirm für die Schuldenstaaten der Währungsunion. Zuletzt forderte der Streithare die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem offenen Brief auf, den „Staaten Europas ihre Währungen zurückzugeben“ (siehe unten).

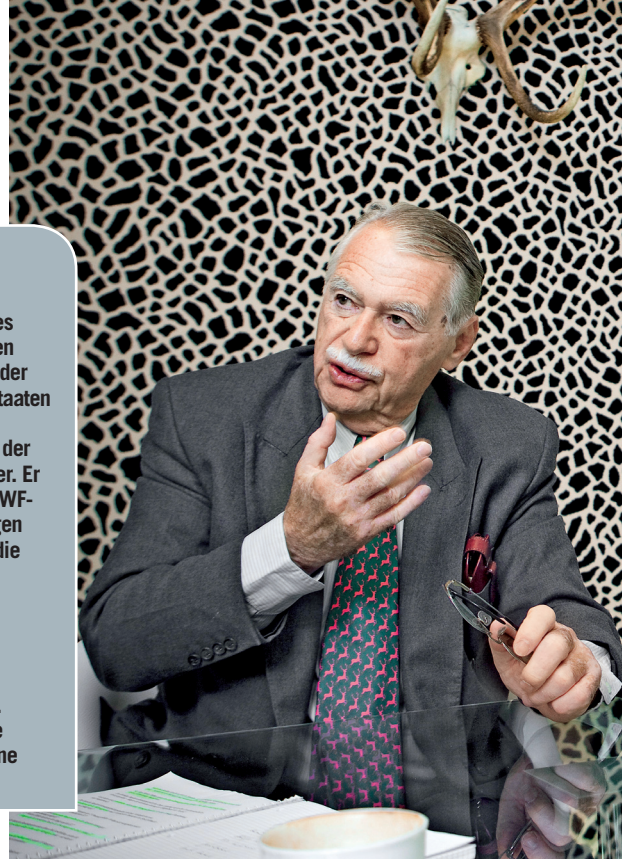
Nach diversen Stationen in Wirtschaft und Politik wurde Hankel Ende der 60er-Jahre einer der engsten Mitarbeiter des damaligen deutschen Wirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller. Er war in dieser Zeit maßgeblich an der Entwicklung der deutschen Bundesschatzbriefe, der IWF-Sonderziehungsrechte und der Einführung der Terminbörse Frankfurt beteiligt. Den damaligen österreichischen Finanzminister Androsch beriet Hankel bei der Bindung des Schilling an die Deutsche Mark. Ab den 70ern übernahm Hankel viele Gastprofessuren, etwa in Harvard.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzler,

wem gehört eine Währung? Gewisslich nicht Ihnen oder Ihrer Regierung; auch nicht jener Vorgänger-Regierung, die den Deutschen das bislang beste und stabilste Geld ihrer Geschichte wegnahm, ohne sie zu fragen: die Deutsche Mark (DM).

Geben Sie den Staaten Europas ihre Währungen wieder; denn ohne diese gibt es dort keine Wirtschaftswunder, wie einst in Deutschland - weder in Griechenland noch den anderen Staaten in ähnlicher Lage.

BRIEF AN MERKEL.
Für Hankel war die Währungsunion eine Sackgasse.



„Politischer Analpha

Der deutsche Euro-Kritiker Wilhelm Hankel und der österreichische Industrielle Hannes Androsch über eine Verkleinerung der Eurozone, erpresserische Banken und ein neues Weltwährungssystem.

FORMAT: Nach Griechenland kracht es jetzt in Spanien, die europäische Schuldenkrise nimmt kein Ende – werden wir in Österreich bald wieder mit Schilling zahlen?

Hankel: Das wäre nicht die schlechteste Perspektive – für Europa und Österreich.

Androsch: Ich bin da anderer Meinung, allerdings mit Einschränkungen. Die europäische Integration ist ein einmaliges Friedensprojekt und ein Wirtschaftserfolg, nicht zuletzt dank des gemeinsamen Binnenmarktes. Im Unterschied zu einer Zollunion gehört dazu vernünftigerweise eine gemeinsame Währung. Eine solche braucht – wie ein Staat – aber ein Mindestmaß an gemeinsamer Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Hankel: Das ist das Problem. Um aus Europa einen Staat zu machen, bedarf es Voraussetzungen, die wir in Europa nicht mitbringen. Wir sollten auf unsere Vieltätigkeit achten, auf unsere Kultur und Tradition. Und genau deswegen ist, sosehr ich die Motive achte, eine gemeinsame Währung der falsche Weg. Der Euro ist ein politisches Projekt, kein ökonomisches,

weswegen die heutigen Schwierigkeiten vorherzusehen gewesen sind.

FORMAT: Sie, Herr Hankel, haben gegen den Euro-Rettungsschirm geklagt ...

Hankel: Ich habe seit langem den Eindruck, dass wir in Europa von wirtschaftspolitischen Alphanbeten regiert werden. Und die haben nie die Alternative gesehen, welche durch die ökonomische Vernunft vorgezeichnet ist. Entweder man macht eine Währungsunion, aber nur unter Staaten mit ganz enger wirtschaftlicher Handelsverflechtung, wie wir sie etwa zwischen Deutschland und Österreich haben. Eine solche Währungsunion hatten wir lange in Gestalt des damaligen Deutschmark-Blocks, einer Hartwährungsunion.

FORMAT: Was war der Vorteil?

Hankel: Für jedes Mitgliedsland dieses Währungsblocks wäre es unvernünftig gewesen, auszutreten, denn das hätte dem gemeinsamen Handels- und Wirtschaftsinteresse geschadet. Die Schlussfolgerung ist: Wir können den Euro nur retten, wenn wir die Währungsunion verschlanken auf

Länder mit dichter Handelsverflechtung, in denen die Märkte feste Wechselkurse herstellen, oder wir müssen zurückgehen zu den Wechselkursunionen der Vor-Euro-Zeit.

FORMAT: Sie, Herr Androsch, bezeichnen den Rettungsschirm als alternativlos ...

Androsch: Das Rettungspaket war da, um Zeit zu gewinnen. In Wahrheit war die Griechenland-Hilfe, die noch lange keine Lösung oder Rettung darstellt, ein Bankenpaket. Und da kann ich es nicht akzeptieren, dass das Milliardenexposure der Banken in den Südländern keinem aufgefallen ist.

FORMAT: Sollten die schlingernden Staaten aus der Eurozone aussteigen?

Hankel: Ich empfehle diesen Weg aus zwei Gründen. Erstens: Ein Staat, dem man die Währung wiedergibt, kann nicht bankrott gehen. Wenn Griechenland eine eigene Währung bekommt und die Notenpresse anwirft, wäre das kein Schaden für die Bevölkerung, da alle Preise, die jetzt in Euro nominiert sind, 1:1 in Drachmen nominiert werden können. Das würde Griechenland einen Großteil dieser fürchterlichen Anpassungsprozesse, die jetzt geplant sind, nehmen und damit die Gefahr beseitigen, dass sich das Land politisch destabilisiert.

FORMAT: Und zweitens?

Hankel: Ein Staat, der seine Währung abwertet und dadurch wieder wettbewerbsfähig wird, kann gleichzeitig seine Gläubiger nötigen, bei den Auslandsschulden Konzesse



ALTE FREUNDE. Euro-Kritiker Hankel und Industrieller Androsch kennen einander seit Jahrzehnten und diskutierten diese Woche in Wien.

betismus“

sionen zu machen. Fälle wie Argentinien, Mexiko, Russland und Südostasien zeigen ja, dass das möglich ist.

Androsch: Das geht aber auch innerhalb einer Währungsunion. Sollte Griechenland jetzt ausscheiden, würden sich die ungelösten Probleme der Banken, vor allem der deutschen und französischen, noch verschärfen. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage, welche Rolle Europa auf der Weltbühne spielen möchte – Mitspieler oder Spielball.

Hankel: Größe an sich ist für mich kein Kriterium, ökonomisch schon gar nicht. Es ist offensichtlich, dass gerade die kleinen Staaten Europas, die nicht Teil der Währungsunion sind, in den letzten zehn Jahren eine bessere Performance hatten. Der Euro war die größte Verführung, über die eigenen Verhältnisse zu leben, die es in der europäischen Geschichte je gegeben hat.

FORMAT: Inwiefern?

Hankel: Mit dem Euro hat die ganze Südgruppe ein niedriges Zinsniveau bekommen und ihre Währungsverantwortung – den Wechselkurs – an die Gemeinschaft abgegeben. Nach OECD-Analysen sind die Währungen der Südstaaten real um 30 bis 40 Prozent überbewertet. Eine nötige interne Abwertung wäre allerdings eine Rosskur, die kein Staat politisch und ökonomisch überlebt. Eine nominale Abwertungsmöglichkeit wäre hingegen human. Das Euro-

Rettungspaket hat aber auch eine fatale Anreizwirkung auf die Banken, die ihr altes Spiel einfach weiterspielen können. Das Neue an dieser Krise ist, dass sie nicht vom Realsektor ausgeht, also pleite gehende Unternehmen ihre Banken mitziehen, sondern hasardierende Banken die Realwirtschaft in die Krise gezogen haben. Deswegen ist es konzeptionell völlig falsch, diese Banken herauszunehmen. Das Argument, sie seien systemrelevant, ist das plumpste Erpressungsargument, das es in der gesamten Geldgeschichte gegeben hat.

FORMAT: Sie sind nicht systemrelevant?

Hankel: Systemrelevant ist nur eine einzige Bank: die Notenbank. Alle Privatbanken sind im Grunde private Auszahlungsagenturen der Notenbank. Wenn diese nicht funktionieren,

kann man sie gefahrlos schließen und durch bessere ersetzen. Dafür plädiere ich, auch wenn Herr Ackermann dem nicht zustimmen wird (lacht).

FORMAT: Stimmt das, Herr Androsch?

Androsch: Der Diagnose kann ich mich weitgehend anschließen, aber nicht zwingend in den Schlussfolgerungen. Natürlich haben die Banken in ihrem Risikomanagement hasardiert, allerdings haben die öffentlichen Haushalte das in einem noch größeren Ausmaß. Die haben doch die

letzten zwanzig Jahre unsere Zukunft verspielt.

FORMAT: Immer wieder ist von diversen Regulierungen der Finanzmärkte die Rede, passiert ist bisher wenig. Wie sollten die Finanzmärkte reguliert werden?

Androsch: Wir haben völlig unregulierte Bereiche wie Schattenbanken, in anderen Bereichen haben wir dagegen Überregulierungen. Vorschläge gibt es ja en masse, je kasuistischer diese allerdings sind, desto leichter sind sie zu umgehen. Darauf muss bei der Regulierung geachtet werden.

Hankel: Ich habe da eine ganz radikale Lösung: Die beste Regulierung, die wir im ganzen Finanzsystem je hatten, war ein System der festen Wechselkurse. Dahin müssen wir zurück. Eine geniale Idee von Keynes führt immer noch ein Kümmerdasein: die Sonderziehungsrechte, eine globale Recheneinheit für die Wechselkursberechnung – so wie früher das Gold.

FORMAT: Wie funktioniert das?

Hankel: Im Sonderziehungsrecht nominiert jedes Land seinen Wechselkurs in diesem abstrakten Medium, und dieses ist ein Generalbezugsrecht auf jede Währung. So wäre auch das Problem der Reservewährung diversifiziert – nicht umsonst drängen ja gerade die Chinesen auf eine derartige Umsetzung. Auch das Problem des Klumpenrisikos gehört so der Vergangenheit an, weil man durch eine solche Konstruktion alle Währungen, die im IWF vorrätig sind, ziehen kann und dadurch nicht völlig vom Dollar abhängig ist. Zweitens werden alle Zentralbanken wieder motiviert, die festen Wechselkurse zu verteidigen und auf den Kapitalmärkten zu intervenieren, wenn es erratische Kapitalbewegungen gibt.

FORMAT: Kurze Abschlussprognose: Wie sieht die EU 2015 aus?

Hankel: Sollte die Politik weise sein, wird es zumindest die Verschlinkung der Eurozone geben. Ich könnte mir außerdem vorstellen, dass die Südstaaten dann von Frankreich geführt werden wie zur Zeit der Lateinischen Münzkonvention zwischen 1870 und 1922.

Androsch: Auch wenn es angesichts der gegenwärtigen Probleme und der Verfassung der politischen Verantwortungsträger schwer vorstellbar ist: Ich hoffe, dass die Souveränitätsillusionen überwunden werden und die Zuchtmeister der leeren Kassen verantwortungsvolles Haushalten und damit wieder langfristiges Wachstum ermöglichen werden.

INTERVIEW: ARNDT MÜLLER

„Das Argument der Systemrelevanz ist plumpe Erpressung durch die Banken.“